

Berlin gegen Neukölln.

Der Berliner Magistrat veröffentlicht folgende Erklärung:
Nach Zeitungsnachrichten sind in der gestrigen Stadtvorordneten-Versammlung in Neukölln Äußerungen gefallen, gegen welche, wenn sie richtig wiedergegeben sind, im Namen der Groß-Berliner Lebensmittel-Gemeinschaft Verwahrung eingelegt werden muß. Zunächst trifft es nicht zu, daß die Herabsetzung der Kartoffelmenge auf drei Pfund auf der freien Entschließung der Groß-Berliner Gemeinden beruhe. Diese Herabsetzung ist vielmehr für ganz Preußen angeordnet worden, weil sie durch den Stand der gegenwärtigen Versorgung der Städte von außen her unvermeidlich geworden ist. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß zu einem Teil Ersatz durch Kohlrüben gewährt wird und auf deren baldigen Verbrauch hingewirkt werden muß.

Was die in Aussicht genommene Neuregelung der Brotversorgung anbetrifft, so muß bemerkt werden, daß der Neuköllner Vertreter in der Sitzung des Ausschusses der Brotkartengemeinschaft am 23. Januar der einzige war, der gegen die Einführung des Einheits-Brottes gestimmt hat; alle anderen Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden haben ausnahmslos anerkannt, daß die Einführung des Einheits-Brottes an sich nicht erwünscht, aber nach Lage der Verhältnisse erforderlich sei. Ferner ist von den westlichen Vororten mit Nachdruck betont worden, daß Neukölln mehr Mehl erhalten habe, als ihm nach der tatsächlichen Lage der Verhältnisse zukommt. Die Brotkartengemeinschaft hat deshalb eine Kommission unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters von Schöneberg eingesetzt, die schleunigst prüfen soll, ob nicht zugunsten

der westlichen Vororte eine Herabsetzung der Neuköllner Belieferung stattfinden müsse.

Es liegt uns fern, uns in diesen Streit der Gemeinden Groß-Berlins einzumischen, ehe die strittigen Fragen nicht mehr geläutert sind. Es scheint uns aber jetzt vor allem darauf anzukommen, daß Groß-Berlin einig und gemeinsam gegen die zweifellos ungenügende Versorgung der Reichshauptstadt und ihrer Nebengemeinden mit Lebensmitteln bei den zuständigen Regierungsstellen Einspruch erhebt und Abhilfe verlangt. Wenn durch die offene und deutliche Aussprache in Neukölln in dieser Hinsicht die Tatkraft geweckt wird, so hat sich diese Gemeinde und ihre Vertretung zweifellos ein Verdienst erworben.